

Wer ein Spital schliesst, riskiert Amt und Würden

Zwei Drittel der Kantone haben die Hausaufgaben noch nicht gemacht.

Die meisten Kantone haben die Spitalplanung verschlafen. Trotz steigender Gesundheitskosten hat mehr als die Hälfte noch kein Spital geschlossen, wie eine neue Studie zeigt. Der Kantönliche triumphiert.

VON JÜRIG WEGELIN

Jedem Tälchen sein Spitalchen. Nur zehn Kantone haben seit 1996 Krankenhäuser geschlossen oder umgenutzt, wie eine Untersuchung des Politikforschungsinstituts Vatter zeigt. Den stärksten Bettenabbau erreichten gemäss der im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) durchgeführte Studie die Kantone Zürich, Bern und Tessin. Dass die Spitalplanung in den meisten Kantonen nicht vorankommt, hat seinen Grund: Politiker, die mit Spitalschliessungen Kosten sparen wollen, riskieren, vom Volk abgewählt zu werden. So erging es dem St. Galler Gesundheitsdirektor Anton Grüniger, als er die Spitäler in Altstätten, Wattwil und Flawil schliessen wollte. Er wurde ein Opfer der Volksempörung. Gegen die Schliessung des Regionalspitals Flawil hatte auch FDP-Nationalrat Peter Weigelt mit einer breit angelegten Kampagne gekämpft. Im Kanton Wallis erhielten die strukturkonservativen Regionalpolitiker sogar bundesrätliche Unterstützung. Gesundheitsminister Couchepin intervenierte vor einem Jahr gegen die Aufhebung der Gynäkologie in Martigny.

Der Kantönliche verhindert notwendige Reformen

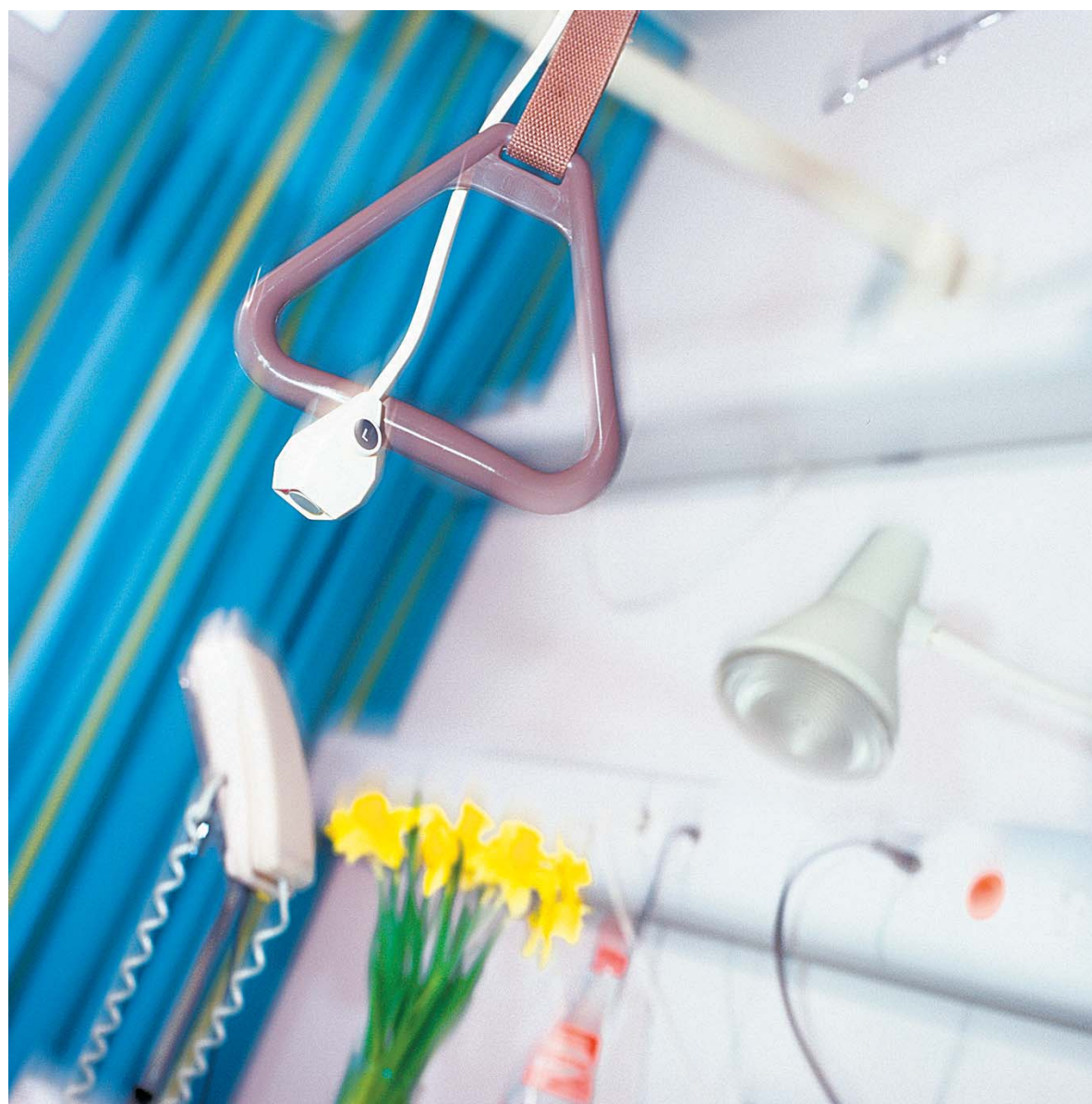
Plötzlich wird eben das lokale Spital zum Identitätsstifter einer ganzen Region, so auch in Wolhusen. Das Luzerner Kantonsparlament hat vor ein paar Tagen entschieden, dass die Schliessung dieses Regionalspitals kein Thema mehr ist. Dies, obwohl die Zugfahrt von Wolhusen nach Luzern nur achtzehn Minuten dauert. «Es ging hier nicht um eine volkswirtschaftliche, sondern um eine regionalpolitische Frage», so Gesundheitsdirektor Markus Dürr. Der Präsident der Sanitätsdirektorenkonferenz sagt dies, obwohl mit einer solchen Massnahme jährlich 9 Millionen Franken hätten eingespart werden können. Diese Denkweise ist mit ein Grund für den starken Anstieg der Gesundheitskosten. Inzwischen machen diese rund 50 Milliarden Franken aus, wobei fast die Hälfte davon auf die insge-

SPITALSCHLIESSUNGEN

Kanton	Spitäler heute	geschlossen
ZH	21	11
BE	22	9
TI	21	8
VD	9	8
FR	7	3
AG	11	2
ZG	2	2
AR	4	1
SO	6	1
BS	5	1

Nur gerade zehn Kantone haben seit 1996 Akutspitäler geschlossen.

QUELLE: CASH-UMFRAGE



Die Gesundheitskosten explodieren, aber der Notruf verhält ungehört in den Spitalgängen.

«Es geht hier um Fragen der Regionalpolitik.»

Markus Dürr, Präsident der Konferenz der Sanitätsdirektoren



samt 360 Krankenhäuser entfällt. Soll der Anstieg der Krankenkassenprämien gebremst werden, müssen die Kantone im Spitalwesen die Hausaufgaben machen. Für den Gesundheitsökonom Willy Oggier ist klar: «Die Zahl der Krankenhäuser sollte stark reduziert werden.» Das bringe in der Regel mehr als der Abbau einzelner Betten. Denn grössere Betriebe liegen vermehrt über der ökonomisch kritischen Grenze. Dadurch können sowohl Infrastruktur- als auch Betriebskosten gespart werden.

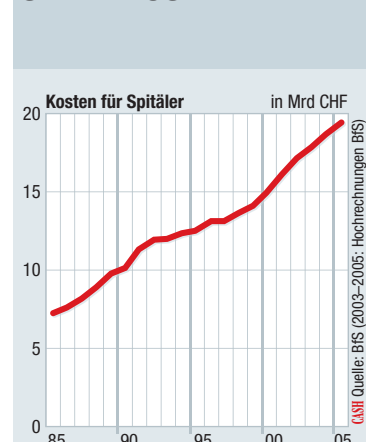
Spitäler mit ein paar Dutzend Betten, wie das unlängst im Laufental gegen heftige Opposition geschlossene Bezirksspital Thierstein, sind heute nicht mehr zeitgemäss. Der Spitalverband H+ prognostiziert, dass in den nächsten Jahren jedes zweite der rund 220 Akutspitäler geschlossen werden müsste. Der Westschweizer Gesundheitsökonom François de Wolff geht noch einen Schritt weiter. In einer Studie hat er nachgewiesen, dass 30 bis 50 verkehrstechnisch günstig gelegene Spitäler genügen würden. Für de Wolff fliegt die optimale Grösse eines Spitals je nach Leistungsauftrag zwischen 200 und 600 Betten. «Mit

einer solchen Strukturbereinigung könnten wir jährlich mindestens zwei Milliarden Franken einsparen», ist er überzeugt. Aber auch die Qualität der medizinischen Leistungen würde sich damit erhöhen. Diese steigt erwiesenermassen mit der Zunahme der Zahl der behandelten Fälle. Je grösser die Erfahrung beim Auftreten von Komplikationen ist, desto besser.

Die Hälfte des Bettenabbaus erfolgte in Bern und Zürich

Diese Einsicht liegt zwar auch dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) zu Grunde. Dieses verpflichtet die Kantone zu einer bedarfsgerechten Spitalplanung. Die meisten von ihnen blieben jedoch bisher untätig. 99 Prozent des Bettenabbaus fanden in 13 Kantonen statt, rund die Hälfte davon in Zürich und Bern. Zürich schloss fünf Regionalspitäler und fusionierte mehrere Betriebe zu grösseren Einheiten. Und Bern hat neun kleine Akutspitäler aufgehoben und in verschiedenen Krankenhäusern 19 Abteilungen geschlossen. Damit spart Bern jährlich 85 Millionen Franken ein. Aber es braucht mehr als nur

SPITALKOSTEN

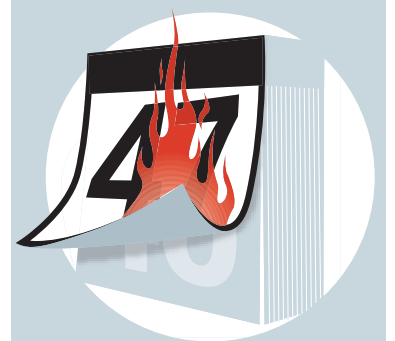


Die Kosten aller 360 Spitäler (inklusive Spezialkliniken) machen fast die Hälfte der Gesundheitskosten aus.

eine kantonale Planung. Was soll eine Spitalplanung im kleinen Halbkanton Appenzell-Innerhoden mit 14000 Einwohnern?

Auch dort, wo die Kantone eine Strukturbereinigung vorgenommen haben, gibt es noch immer grosse Überkapazitäten, so zum Beispiel in der Region Basel und in den Kantonen Solothurn und Aargau. Im Raum Aarau/Olten gibt es zwei Zentrums spitäler in einer Distanz von nur zehn Zugminuten. Früher musste das nächstgelegene Spital noch mit dem Pferd innerhalb einer Stunde erreicht werden können. Dieser Grundsatz scheint auch heute noch zu gelten.

CRASH DER WOCHE



Tristes Theater im Bazl

Wer Pilot werden will, muss einen sauberen Leumund vorweisen. Dies gilt offenbar nicht für den obersten Piloten Raymond Cron.

Raymond Cron sei «weder Pilot noch Steward», scherzte Bundesrat Moritz Leuenberger, als er 2004 den neuen Chef des Bundesamts für Zivilluftfahrt (Bazl) vorstellte. Der gelernte Bauingenieur, 46, sollte das nach drei schweren Flugunfällen angeschlagene Image – behäbig und mit der Aviatikindustrie verfilzt – verbessern. Doch der Quereinsteiger ist nicht der Saubermann, den sich Leuenberger wohl gewünscht hat: Cron gibt zu, rund 180000 Franken an seinem früheren Arbeitgeber Batigroup vorbei in die Taschen von Mitarbeitern der Baufirma geschleust zu haben.

Leuenberger stellt sich bislang vor Cron, weil er als Bazl-Chef gut gearbeitet habe. In der Branche tönt dies zwar anders (siehe CASH vom 17. November): Im Bundesamt herrsche ein Klima der Angst, Fehler zu machen. Es gebe keinen Dialog, nur Reglemente, Busen und einen Papierkrieg. Leuenberger dürfte es auch sonst schwerer fallen, Cron zu schützen. Es wird nämlich immer unklarer, für welche Leistungen der Ingenieur seinen Leuten Sonderprämien bezahlte. Offen ist auch, ob er für die «schwarzen» Boni die AHV abrechnete.

So oder so wird die Rücken- deckung durch Leuenberger dem ehemaligen Basler CVP-Grossrat nicht lange helfen. Wird er vor Gericht verurteilt, fehlt der saubere Leumund – und Cron verliert seine Lizenz.